Ergänzende Tischvorlage zu Vorlage: 2715/2023

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Überarbeitung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Jugendamtsbezirk Geilenkirchen

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Finanzierung des Betriebes von Kindertageseinrichtungen ist bekanntlich im Kinderbildungsgesetz des Landes NRW (Kibiz) geregelt. Danach stellen die Elternbeiträge neben den Landesmitteln sowie den Anteilen des Jugendhilfeträgers und des jeweiligen Einrichtungsträgers einen elementaren Anteil an der Finanzierung der Gesamtbetriebskosten dar.

Das Gesamtbudget für jede Einrichtung errechnet sich aus den Kindpauschalen, die sich aus den Betreuungszeiten und dem Alter der zu betreuenden Kinder ergeben.

Bei der letzten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt wurde festgestellt, dass sich der Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtbetriebskosten im Vergleichsjahr 2019 auf 14 % belief und damit unter dem Durchschnitt der geprüften Vergleichskommunen lag.

Angesichts der aktuellen Haushaltssituation wird die Verwaltung diesen Umstand zum Anlass nehmen und eine Anpassung der Beiträge zum kommenden Kindergartenjahr vorschlagen.

Ein bereits in der Vergangenheit angestellter umfangreicher Vergleich mit einer Vielzahl von Beitragstabellen anderer Jugendhilfeträger hat zu dem Ergebnis geführt, dass unsere Beitragstabelle in den unteren Einkommensstufen unterdurchschnittliche Beiträge ausweist während die Beiträge in den oberen Einkommensstufen zum Teil deutlich überdurchschnittlich ausfallen. Dieses Verhältnis ist durch die ab diesem Kindergartenjahr beschlossenen Freistellung bis zu einem Einkommen von 30.000,- € noch verfestigt worden.

Die beantragte Erhöhung der Beiträge ausschließlich in den oberen Einkommensstufen einhergehend mit einer Ausweitung der Stufen erscheint daher nicht mehr ausgewogen zu sein. Bereits jetzt gehört die oberste Beitragsstufe ab einem Einkommen von über 110.000,- € landesweit zu den höchsten, so dass eine weitere deutliche Anhebung nicht mehr vermittelt werden kann.

Die Verwaltung wird daher in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut vorschlagen, die Beitragstabelle an die des Kreisjugendamtes anzugleichen und damit die Beiträge linear anzuheben. Bereits hierdurch wird eine Mehrbelastung der oberen Einkommensstufen gegenüber den unteren Stufen herbeigeführt.